



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksversammlung Altona

Niederschrift

über die Konstituierende Sitzung des Verkehrsausschusses

Termin:	Montag, 07.07.2014
Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	21:35 Uhr
Ort:	Raum 124 (Rathaus Altona), Platz der Republik 1, 22765 Hamburg

Vorsitz

Herr Schmuckall	CDU-Fraktion	Ausschussmitglied
-----------------	--------------	-------------------

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Naujokat	SPD-Fraktion	Ausschussmitglied
Herr Riedel	SPD-Fraktion	Ausschussmitglied
Herr Strate	SPD-Fraktion	Ausschussmitglied
Frau Tietjens	SPD-Fraktion	Ausschussmitglied
Frau Dr. Steffens	CDU-Fraktion	Ausschussmitglied
Frau Botzenhart	GRÜNE-Fraktion	Ausschussmitglied
Frau Faust-Weik-Roßnagel	GRÜNE-Fraktion	Ausschussmitglied
Herr Sülberg	GRÜNE-Fraktion	Ausschussmitglied
Frau Schwatlo	Fraktion DIE LINKE	Ausschussmitglied
Herr Strasser	Fraktion DIE LINKE	Ausschussmitglied

Ständige Vertretung

Herr Mangelsdorff	GRÜNE-Fraktion	Ständige Vertretung
Frau Szibalski	Fraktion DIE LINKE	Ständige Vertretung
Frau Treckmann	Fraktion DIE LINKE	Ständige Vertretung

Fraktionslose

Herr Flemming	FDP	Bezirksversammlungsmitglied
---------------	-----	-----------------------------

Verwaltung

Herr Butenschön	Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt
Herr Ritzmann	Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt

Herr von Appen		Dezernat Bürgerservice
Herr Allers	PK 26	Straßenverkehrsbehörde
Herr Heitmann	PK 25	Straßenverkehrsbehörde
Herr Lange	PK 21	Straßenverkehrsbehörde

Protokollführung

Frau Frank	Geschäftsstelle der Bezirksversammlung
------------	-------------------------------------------

Referent/in

Herr Bischoff	SHP Ingenieure
Frau Fromm	Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer
Herr Hamann	Behörde für Inneres und Sport
Herr Hetzel	Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Herr Kuebart	Stadtreinigung Hamburg
Herr Mollerus	IKEA Altona
Herr Schröder	Ingenieurpartnerschaft Diercks Schröder
Herr Schubert	Behörde für Inneres und Sport
Frau Szeimys	Ingenieurpartnerschaft Diercks Schröder
Herr Thillmann	Landesbetrieb Verkehr
Herr Winterberg	Stadtreinigung Hamburg

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung durch das der Bezirksversammlung am längsten angehörende und dazu bereite Ausschussmitglied
2. Namentlicher Aufruf der Ausschussmitglieder, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festlegung der Tagesordnung
3. Wahl der/des Vorsitzenden
4. Hinweis auf die Pflichten der Ausschussmitglieder
5. Wahl der/des stellvertretenden Vorsitzende(n)
6. Ausschussregularien / Künftige Ausschussarbeit
7. Standorte für Sammelcontainer Elektrokleingeräte
8. Kreisverkehr Daimlerstraße/Gasstraße
Beschlussempfehlung des Amtes
Drucksache: 20-0029
9. Rupertistraße
Mitteilungsdrucksache des Amtes
Drucksache: 20-0033
10. Bewohnerparken / Parkraumbewirtschaftung Altona-Altstadt
hier: Vorbereitung der Anhörung
11. Sachstand über www.fahrrat-altona.de
12. Mitteilung(en)
 - 12.1. Große Elbstraße – Anpassung der Parkraumbewirtschaftungszeit und Hahnenkamp 3 – Freigabe der Durchfahrtsperre für Parkhausnutzer des Mercado
Mitteilungen des PK 21
Drucksache: 20-0030
 - 12.2. Durchgangsverkehr und Geschwindigkeit Walther-Kunze-Straße
Mitteilung des PK 21
Drucksache: 20-0031
 - 12.3. Falkentaler Weg
Mitteilungsdrucksache des Amtes
Drucksache: 20-0067

- 12.4. Rüdigerau
Mitteilungsdrucksache des Amtes
Drucksache: 20-0069
- 12.5. Gilbertstraße / Schepplerstraße
Mitteilungsdrucksache des Amtes
Drucksache: 20-0071
- 12.6. Busbeschleunigung Bornheide: Schleppkurve der Zufahrt Brandstücken
Mitteilungsdrucksache des Amtes
Drucksache: 20-0081
- 12.7. Verkehrsanordnungen von Oktober 2013 bis Juni 2014
Mitteilungsdrucksache des Amtes
Drucksache: 20-0085
13. Verschiedenes
14. Öffentliche Anhörung "Bewohnerparken in Altona-Altstadt"

Niederschrift:

Öffentlicher Teil:

**zu 1 Eröffnung der Sitzung durch das der Bezirksversammlung am längsten
angehörnde und dazu bereite Ausschussmitglied**

Herr Schmuckall eröffnet die Sitzung.

**zu 2 Namentlicher Aufruf der Ausschussmitglieder, Feststellung der
Beschlussfähigkeit und Festlegung der Tagesordnung**

Herr Schmuckall ruft die Ausschussmitglieder namentlich auf und stellt fest, dass die Beschlussfähigkeit gegeben sei.

Die Tagesordnung wird festgelegt.

zu 3 Wahl der/des Vorsitzenden

Die CDU-Fraktion bittet um Vertagung des TOPs auf die nächste Sitzung.

zu 4 Hinweis auf die Pflichten der Ausschussmitglieder

Herr Schmuckall weist auf die Pflichten der Ausschussmitglieder, insbesondere zur Verschwiegenheit, hin.

zu 5 Wahl der/des stellvertretenden Vorsitzende(n)

Die SPD-Fraktion bittet um Verschiebung des TOPs auf die nächste Sitzung.

zu 6 Ausschussregularien / Künftige Ausschussarbeit

Herr Schmuckall schlägt vor, dass sich der Ausschuss in der neuen Wahlperiode um mehr Sachlichkeit bemühe und weniger Grabenkämpfe führe. Die Sprecher könnten sich nach der Sommerpause treffen, um über ein besseres Miteinander zu beraten.

Herr Strate schließt sich dem an. Zudem könne der Ausschuss häufiger vor Ort tagen, da es keine Regionalausschüsse mehr gebe.

Für Herrn Strasser sei auswärtiges Tagen zwar richtig, jedoch kein Ersatz der Regionalausschüsse.

Der Verkehrsausschuss verständigt sich darauf, dass

- es begrüßt wird, wenn ein Vertreter des ADFC beratend an den Sitzungen teilnimmt.
- Namensschilder gewünscht sind.
- der Ausschuss auswärts tagt, wenn sich dies thematisch anbietet.
- Herr Flemming auch mit zu Sprechersitzungen eingeladen wird.

zu 7 Standorte für Sammelcontainer Elektrokleingeräte

Referenten: Herr Kuebart und Herr Winterberg (beide Stadtreinigung Hamburg).

Herr Kuebart zeigt eine Präsentation (siehe Anlage) und erläutert darüber hinaus:

- An 10 der 17 Standorte in Altona seien die Aufstellungen unproblematisch gewesen. Bei 7 Standorten habe es Vor-Ort-Termine mit dem Wegewart und dem PK gegeben. In Blankenese sei etwa die Umgestaltung des Marktplatzes mit berücksichtigt worden.
- Es sei versucht worden, alle Stadtteile zu berücksichtigen. Mitunter gebe es auch im Randgebiet eines anderen Stadtteils/Bezirks entsprechende Container. Nur für Rissen sei kein adäquater Standort gefunden worden. Der Tinsdaler Heideweg sei zu abgelegen und daher nicht berücksichtigt worden.
- Wenn kein Platz vorhanden gewesen sei, habe die Stadtreinigung die Füllstände der Altpapiercontainer ermittelt und wenn es Kapazitäten gebe, werde ein Container ausgetauscht.
- Am Beseler Platz etwa sei beides nicht möglich gewesen. Daher sei als Kompromiss ein anderer Standort genommen worden.
- Es sei vorgesehen, auch Alttextilien zu sammeln. Auch zerrissene Kleidung werde angenommen, diese werde später aussortiert und etwa zu Dämmstoffen verarbeitet.

Herr Winterberg berichtet, die Stadtreinigung wolle für die Alttextilien ein verlässliches Rückgrat bilden. Beim Verkauf der Materialien sei die Stadtreinigung vom Markt abhängig. Zurzeit liege der Preis etwa bei 500 Euro je Tonne. Dies komme den Gebührenzahlern zugute.

Private Anbieter würden nur Standorte auf privatem Grund nutzen. Es gebe jedoch auch Grenzfälle und illegale Aufstellungen.

Herr Strate schlägt vor, in Rissen einen Standort im Zentrum zu suchen. Am Nagelshof etwa seien stattdessen Radbügel aufgestellt worden.

Herr Ritzmann erläutert, bei der Auswahl der Standorte seien auch die Mitarbeiter des Fachamtes Stadt- und Landschaftsplanung einbezogen worden.

Der Verkehrsausschuss stimmt einstimmig dafür, dass der Standort Nagelshof in Rissen geprüft und das Ergebnis dem Ausschuss mitgeteilt wird.

**zu 8 Kreisverkehr Daimlerstraße/Gasstraße
Beschlussempfehlung des Amtes
Drucksache: 20-0029**

Referenten: Frau Szeimys und Herr Schröder (beide Ingenieurpartnerschaft Diercks Schröder).

Herr Ritzmann erläutert, das Amt sei in seiner Vorplanung davon ausgegangen, dass es zu wenig Platz für einen richtigen Kreisverkehr gebe und habe eine Minimallösung mit Kalotte und geänderter Kantenführung favorisiert. Das Amt hatte sich dabei jedoch geometrisch geirrt, wie das Planungsbüro festgestellt habe. Die vorgeschlagene Variante sei wesentlich besser als die Minimallösung und werde auch vom PK und der Fachbehördenebene begrüßt, auch wenn dies teurer sei.

Das Amt hoffe, die Kostensteigerung durch die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation gesichert zu bekommen. Bisher habe es allerdings noch keine Haushaltsgespräche gegeben. Wenn der Ausschuss dies befürworte, mache sich das Amt daran, Mittel einzuwerben. Es habe noch keine Vergabe gegeben.

Frau Szeimys stellt die Planung anhand einer Präsentation vor (siehe Anlage). Die Fahrbahn habe eine Breite von 6,50 bis 7 Metern, der Gehweg werde von etwa 1,60 auf 2,50 Meter verbreitert. Bisher würde ein Teil der Fußgänger auch bei Rot über die Fußgängerampel gehen. Sie solle zurückgebaut werden, was zwar Kosten von 40.000 Euro verursache, aber die Folgekosten reduziere. Zur Querungsmöglichkeit gebe es beim Kreisverkehr Zebrastreifen. Die Radfahrer könnten die Fahrbahn nutzen. Die nahegelegene Kita und die Schule seien bei der Planung berücksichtigt worden.

In der Daimlerstraße werde häufig Tempo 30 überschritten. In der Gasstraße gelte Tempo 50, aber auch dort bedeute der Kreisverkehr eine Entschleunigung.

Herr Heitmann führt aus, die Strecke werde auch gern für Autobahn-Schleichverkehre genutzt. Durch den Kreisverkehr lasse sich das Tempo reduzieren und die Anzahl von Autos und Fußgängern erlaube das Aufbringen der Fußgängerüberwege auch in Tempo-30-Zonen.

Herr Strate betont, der generellen Planung sei bereits zugestimmt worden. Er regt an, die Mittelinsel eventuell mit dem Material farblich abzusetzen.

Herr Butenschön teilt mit, bisher sei Großpflaster vorgesehen, weil dieses auch beim Überfahren unangenehm sei. Welches Pflaster genau eingebaut werde, darüber könne nachgedacht werden. Die Umsetzung der Maßnahme sei für den Herbst vorgesehen.

Herr Sülberg begrüßt die Planung. Herr Strasser weist darauf hin, dass Politikmittel für die kleinere Variante bereitgestellt worden seien. Herr Schmuckall schlägt vor, die veränderte Planung nachrichtlich dem Haushalts- und Vergabeausschuss zur Kenntnis zu geben.

Der Verkehrsausschuss stimmt der Beschlussempfehlung einstimmig zu. Zudem soll der Haushalts- und Vergabeausschuss nachrichtlich Kenntnis von der geänderten Planung und Finanzierung erhalten.

**zu 9 Rupertstraße
Mitteilungsdrucksache des Amtes
Drucksache: 20-0033**

Herr Ritzmann erläutert, aufgrund einer Beschwerde sei die Situation überprüft worden. Dabei sei der Entschluss gefallen, mit Piktogrammen auf die Kita hinzuweisen. Zudem hätten sich einige Eltern verbotswidrig verhalten und zum Teil auf der linken Seite gehalten, um die Kinder rechts herauszulassen. Dies sei gefährlich gewesen. Daher seien die Stellplätze vor

der Kita markiert worden und auf der anderen Seite gebe es ein Halteverbot. Mit Radbügeln sollten zudem die Nebenflächen von parkenden Autos freigehalten werden.

Herr Allers fügt hinzu, die Rupertistraße sei eine Verbindungsstraße mit Wohnsammelcharakter. Es gelte Tempo 50, zudem fahre ein Bus. Die markierten Stellplätze sollten die Sicherheit erhöhen. Da die Fläche daneben nicht ausreichend breit gewesen sei, sei das Halteverbot auf der gegenüberliegenden Seite eingerichtet worden. 15 Meter vor und hinter einer Bushaltestelle dürfe laut Straßenverkehrsordnung ohnehin nicht geparkt werden, daher sei dort die überflüssige Beschilderung entfernt worden.

Es habe eine Beschwerde einer ansässigen Gärtnerei gegeben, weil vor dem Betrieb nicht mehr geparkt werden dürfe. Bislang sei die Beschilderung noch nicht korrekt, werde aber demnächst umgesetzt. Es gebe Gespräche mit der Gärtnerei, um eine einvernehmliche Lösung zu erzielen.

Herr Schmuckall führt aus, für den Elternrat der Kita sei dies unverständlich. Die neue Situation werde als unübersichtlich eingeschätzt. Er würde ein Gespräch mit dem Elternrat begrüßen.

Herr Strate berichtet, er habe von Eltern gehört, dass die neue Regelung in Ordnung sei. Ein Gespräch sei aber sicher sinnvoll. Er rate, die Auswirkungen erst einmal zu beobachten. Eventuell könne es eine Schulumfeldschau nach dem Sommer geben.

Herr Sülberg begrüßt das Aufstellen von Radbügeln.

Herr Ritzmann betont, ein Gespräch mit der Kita solle noch geführt werden.

Der Verkehrsausschuss nimmt die Mitteilungsdrucksache zur Kenntnis.

**zu 10 Bewohnerparken / Parkraumbewirtschaftung Altona-Altstadt
hier: Vorbereitung der Anhörung**

Angemeldet von der SPD-Fraktion.

Herr Schmuckall erläutert auf Nachfrage, welcher Ablauf der Anhörung vorgesehen sei und welche Themenaspekte angesprochen werden sollten.

Herr Lange berichtet, zeitlich sei es nicht möglich gewesen, ein größeres Gebiet umzusetzen. Vermutlich werde der größere Bereich im Frühjahr 2015 folgen.

zu 11 Sachstand über www.fahrrat-altona.de

Angemeldet von der Fraktion GRÜNE.

Herr Ritzmann berichtet, die Online-Beteiligung sei zum 30.06.2014 abgeschaltet worden. Es habe bereinigt etwa 5.000 Meldungen gegeben. Ein Büro suche nun die räumlichen Schwerpunkte heraus und betreibe eine Mängelauswertung. Auch werde ausgewertet, auf welchen Strecken viel oder wenig gefahren werde. Der Auswertung folge ein Experten-Workshop, zu dem auch die Sprecher geladen würden, danach noch eine Beteiligung der Öffentlichkeit.

Schwerpunkte seien unter anderem der Bahnhof Altona, der Lessingtunnel und die Max-Brauer-Allee. Eine erneute Anschaltung sei möglich, allerdings auch mit Kosten verbunden.

Frau Botzenhart spricht sich für eine erneute Anschaltung aus. Es könne erläutert werden,

dass es einen Unterschied zwischen einer Mängelbehebung und strukturellen Fragen gebe.

Herr Butenschön weist darauf hin, dass dies nicht mehr in die aktuelle Planung einfließe. Schlaglochmeldungen wie über den Online-Wegewart würden weiter abgearbeitet.

Herr Strate beantragt, dass das Tool als Online-Wegewart fortgeführt werde.

Der Verkehrsausschuss stimmt einstimmig dafür, dass das Portal www.fahrrat-altona.de als Online-Wegewart fortgeführt wird.

zu 12 Mitteilung(en)

**zu 12.1 Große Elbstraße – Anpassung der Parkraumbewirtschaftungszeit und Hahnenkamp 3 – Freigabe der Durchfahrtsperre für Parkhausnutzer des Mercado
Mitteilungen des PK 21
Drucksache: 20-0030**

Der Verkehrsausschuss nimmt die Mitteilungsdrucksache zur Kenntnis.

**zu 12.2 Durchgangsverkehr und Geschwindigkeit Walther-Kunze-Straße
Mitteilung des PK 21
Drucksache: 20-0031**

Der Verkehrsausschuss nimmt die Mitteilungsdrucksache zur Kenntnis.

**zu 12.3 Falkentaler Weg
Mitteilungsdrucksache des Amtes
Drucksache: 20-0067**

Der Verkehrsausschuss nimmt die Mitteilungsdrucksache zur Kenntnis.

**zu 12.4 Rüdigerau
Mitteilungsdrucksache des Amtes
Drucksache: 20-0069**

Der Verkehrsausschuss nimmt die Mitteilungsdrucksache zur Kenntnis.

**zu 12.5 Gilbertstraße / Scheppplerstraße
Mitteilungsdrucksache des Amtes
Drucksache: 20-0071**

Der Verkehrsausschuss nimmt die Mitteilungsdrucksache zur Kenntnis.

zu 12.6 **Busbeschleunigung Bornheide: Schleppkurve der Zufahrt Brandstücken**
Mitteilungsdrucksache des Amtes
Drucksache: 20-0081

Der Verkehrsausschuss nimmt die Mitteilungsdrucksache zur Kenntnis.

zu 12.7 **Verkehrsordnungen von Oktober 2013 bis Juni 2014**
Mitteilungsdrucksache des Amtes
Drucksache: 20-0085

Der Verkehrsausschuss nimmt die Mitteilungsdrucksache zur Kenntnis.

zu 13 **Verschiedenes**

Herr Ritzmann berichtet, dass in der Sternschanze **am Schneckenturm auf den Nebenflächen geparkt** werde. Dort seien Absperrmaßnahmen vorgesehen.

Herr Ritzmann teilt mit, in der **Funkstraße** gebe es auf der Ostseite **Probleme mit den Feuerwehr-Aufstellflächen**. Der ruhende Verkehr solle daher auf die andere Straßenseite verlegt werden, weil der Platz mit dem Gehweg für die Aufstellflächen ausreiche. Durch kleine Inseln solle deutlich werden, wo geparkt werden könne. Dadurch gingen maximal zwei Parkplätze verloren.

Herr Strate bittet darum, die Skizzen zur Funkstraße herumszuschicken.

[Nachtrag zu Protokoll: Die Skizze ist am 05.08.2014 per E-Mail über die Geschäftsstelle der Bezirksversammlung an den Ausschuss versandt worden.]

Herr Schmuckall fragt, warum am **Beseler Platz** eine Anordnung nicht umgesetzt werde. Zudem interessiere ihn, ob und wenn ja warum das **Fahrverbot am Waseberg / Falkentaler Weg** aufgehoben worden sei. Es sei auf die **barrierefreien Übergänge am Hahnenkamp** angesprochen worden. Einer von ihnen liege in einer falschen Position und sei so überflüssig. Er melde das Thema als TOP für die nächste Sitzung an.

zu 14 **Öffentliche Anhörung "Bewohnerparken in Altona-Altstadt"**

ca. 250 Besucher, 19 - 21:35 Uhr.

Herr Schmuckall teilt mit, dass er als dienstältestes Mitglied des Verkehrsausschusses durch die Anhörung führe, da in der konstituierenden Sitzung des Verkehrsausschusses noch kein Vorsitz und keine Stellvertretung gewählt worden seien. Er weist darauf hin, dass ein NDR-Team für das „Hamburg Journal“ Filmaufnahmen vornehme. Zudem stellt er die Beteiligten auf dem Podium vor und erläutert den Anhörungsablauf.

Herr Hamann (Behörde für Inneres und Sport) erläutert die rechtlichen Grundlagen (siehe Anlage). Es sei aufgefallen, dass in Altona ein Informationsdefizit bestehe. Bewohnerparken privilegieren die Bewohner, die dort meldebehördlich registriert seien. Jeder in dem Gebiet gemeldete Bewohner habe ein Recht, sich einen Bewohnerparkausweis ausstellen zu lassen. Dies sei unabhängig davon, wie viele Parkplätze zur Verfügung stünden. Es gebe noch eine Anzahl von weiteren Personen, die auch einen Anspruch auf eine

Berechtigung hätten. Dazu zählten zum Beispiel ausländische Arbeitskräfte, die hier längerfristig auf Baustellen tätig seien, innerhalb des Bewohnerparkgebietes gemeldet seien und ihr Fahrzeug nicht umzumelden bräuchten.

Frau Fromm (Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer) informiert zu Beschlusslage, Umsetzungsstand und Planung (siehe Anlage). Sie weist darauf hin, je mehr Bewohner eine Berechtigung erhielten, desto schwieriger werde es für den Einzelnen, auch einen Parkplatz zu finden. Bei den 30 Euro handele es sich um eine Verwaltungsgebühr für die Ausstellung des Parkausweises. Dies sei keine Parkgebühr. Besucherausweise seien kostenlos erhältlich. Es werde überlegt, das Gebiet dahingehend anzupassen, dass die Kommunaltrasse (Große Bergstraße) hinzugenommen werde.

Für die Fachbehörden sei es logistisch bis zur IKEA-Eröffnung nicht möglich gewesen, ein größeres Gebiet umzusetzen. Wenn eine Erweiterung des Gebiets erfolge, dann voraussichtlich bis März 2015.

Herr Mollerus (Einrichtungsleiter IKEA Altona) berichtet, sein Unternehmen habe beim Marketing bewusst auf die Erreichbarkeit durch den ÖPNV sowie Lieferangebote hingewiesen und dass die Märkte in Schnelsen und Moorfleet besser mit dem Auto angefahren werden könnten als in Altona. Bei den Preisen für das Parkhaus habe sich IKEA an den umliegenden Parkhäusern orientiert. IKEA-Kunden könnten die ersten zwei Stunden kostenlos parken, anschließend fielen Gebühren an.

In der ersten Woche habe IKEA 88.000 Besucher registriert. Es habe 6091 Einfahrten ins Parkhaus gegeben, so dass stets nur eine der vier Parkebenen besetzt gewesen sei. 93 Prozent der Besucher seien durch den Haupteingang an der Großen Bergstraße gekommen. Damit sei das Unternehmen zufrieden.

Herr von Appen (Bezirksamt Altona) teilt auf Nachfrage mit, bislang seien 331 Ausweise durch das Bezirksamt ausgegeben worden.

Herr Bischoff (SHP Ingenieurbüro) führt aus, Altona sei ein Stadtteil mit hohem Parkdruck. Es könne nicht mehr Parkraum „hergezaubert“ werden. Daher sollten die vorhandenen Stellplätze in erster Linie den Bewohnern zur Verfügung stehen. Anschließend kämen die Gewerbetreibenden und am Ende Angestellte. Letztere könnten etwa auch den ÖPNV nutzen. Auch solle dies dazu führen, dass mehr Menschen zu Fuß gingen oder das Fahrrad nähmen. Die Bewohner hätten das Privileg, dass andere verdrängt würden oder zahlen müssten. Wenn das Gebiet vergrößert werde, entspanne sich die Situation sicherlich.

Fragen und Feststellungen der Anlieger der Großen Bergstraße

- Warum sei die Große Bergstraße nicht in den Berechtigungsbereich mit aufgenommen worden? Es gebe keine Möglichkeit, ohne Begrenzungen in der Nähe zu parken.
- In den Straßen des Bewohnerparkgebiets seien fast alle Parkplätze leer, aber die Bewohner der Großen Bergstraße dürften sich dort nicht hinstellen.
- Für die Geschäfte an der Großen Bergstraße gebe es Probleme mit Lieferungen. Wo sollten die abgestellt werden? Als Gebühr seien 127 Euro genannt worden. Das sei nicht nachvollziehbar.
- Vor Einführung des Bewohnerparkens habe es auch für die Anlieger der Großen Bergstraße ausreichend Parkplätze gegeben.
- Die Eröffnung von IKEA sei lange bekannt gewesen. Warum sei der Beschluss zum Bewohnerparken so spät gefasst worden?
- Warum habe es unterschiedliche Angaben dazu gegeben, wer berechtigt sei?
- Können auch Gewerbetreibende Parkausweise erhalten?
- Das legale Gehwegparken solle abgeschafft werden, um mehr Platz für Fußgänger zu erhalten.
- Das Gebiet müsse um die Große Bergstraße erweitert werden.
- Es habe sich nichts verbessert, sondern es sei nur Stress entstanden.
- IKEA solle Anliegern kostenlosen Parkraum zur Verfügung stellen.

Herr Schubert (Behörde für Inneres und Sport) erläutert, es handele sich zunächst um eine befristete Anordnung zur Erprobung. Auch die Behörden wüssten zurzeit noch nicht, ob es wie gewünscht funktioniere. Die geäußerten Meinungen würden in die Bewertung einfließen und vermutlich auch zu Änderungen führen. Mit hoher Wahrscheinlichkeit gebe es einen Anpassungsbedarf für die Große Bergstraße. Dies werde Ende Juli entschieden. Die Große Bergstraße sei unberücksichtigt geblieben, weil es dort auch in der Vergangenheit keine Parkplätze gegeben habe.

Herr Lange (PK 21) berichtet, die Große Bergstraße könne problemlos zwischen 23 und 11 Uhr beliefert werden. Wenn es darüber hinaus unabdingbare Gründe gebe, müsse eine Ausnahmegenehmigung beim Landesbetrieb Verkehr beantragt werden.

Herr Thillmann (Landesbetrieb Verkehr) führt aus, Gewerbetreibende hätten grundsätzlich keinen Anspruch, weil sich das Bewohnerparken an Bewohner richte. Wie angesprochen gebe es die Möglichkeit einer Ausnahmegenehmigung. Jeder Antrag benötige Begründungen und werde anschließend vom Landesbetrieb Verkehr geprüft. Bisher habe es 15 Anträge gegeben, von denen 7 abgelehnt worden seien. Die anderen befänden sich noch in der Prüfung.

Als Grundlage für die Ermittlung der Anzahl der angemeldeten Fahrzeuge im Bezirk Altona habe das örtliche Fahrzeugregister gedient.

Frau Fromm entschuldigt sich, dass das Gebiet des Bewohnerparkens zwischenzeitlich falsch interpretiert und dadurch leider falsche Auskünfte gegeben worden seien.

Feststellungen der Anlieger der Blücherstraße, Thedestraße und Harkortstraße

- Es sei kein Parkplatz mehr zu finden. An Wochenenden blockierten Besucher von Reeperbahn und Kiez die Parkplätze und zudem ständen Lieferwagen wochenlang auf den gleichen Plätzen.
- Die Altonaer Bürger würden gegeneinander ausgespielt.
- Es gebe die Befürchtung weiterer Verdrängung.

Fragen und Feststellungen von Anliegern der Unzerstraße, Lahrmanstraße, Willebrandstraße, Lornsenstraße und Hospitalstraße

- Warum gehörten nur Teile der Straßen – etwa von Unzerstraße, Lahrmanstraße und Willebrandstraße – in das Bewohnerparkgebiet?
- In den Teilen außerhalb des Bewohnerparkgebiets sei alles vollgeparkt, während in dem Parkgebiet bis zu 70 Prozent der Parkplätze leer seien.
- Viele Arbeitnehmer wichen nun auf die kleinen Wohnstraßen aus, in denen kostenlos geparkt werden könne.
- Bislang habe es keine Schwierigkeiten mit dem Parken gegeben, diese seien erst mit dem Bewohnerparken entstanden.

Herr Bischoff erläutert, bei der Erweiterung sei vorgesehen, die Straßen komplett aufzunehmen. Bislang lägen Teile außerhalb des Pilotbereichs.

Herr Lange verweist darauf, dass es, wie bereits erwähnt, aus logistischen Gründen nicht möglich gewesen sei, ein größeres Gebiet zur IKEA-Eröffnung zu realisieren.

Feststellung eines Anliegers der Neuen Großen Bergstraße

- Es sei erklärt worden, dass Anlieger der Fußgängerzone kein Anrecht auf einen Parkausweis hätten. Dadurch geschehe eine Ausgrenzung.

Frau Fromm bestätigt, solange das Gebiet in seiner bisherigen Form bestehe, gebe es keine Möglichkeit. Herr Schubert ergänzt, für die Neue Große Bergstraße gelte das Gleiche wie für die Große Bergstraße.

Feststellung von Anliegern der Virchowstraße

- Für die Bewohner in der Parkzone sei die Einführung eine deutliche Entlastung

gewesen. Offensichtlich hätten viele Bürger aus Nachbarstraßen den Bereich zugeparkt.

- Wenn ein Anlieger Auto und Motorrad besitze, müsste er auch zwei Berechtigungen erhalten.

Herr Hamann erläutert, dass auch für das Abstellen von einspurigen Fahrzeugen ggf. Bewohnerparkausweise zu beantragen seien.

Feststellung eines Anliegers der Kleinen Bergstraße

- Seit Einführung des Bewohnerparkgebiets sei es für Betriebe mit Lieferungen schwer geworden. Die Gewerbetriebe würden von der Politik im Stich gelassen.

Herr Thillmann verweist auf die Möglichkeit, wie erläutert Ausnahmegenehmigungen zu beantragen.

Fragen der Anwesenden zu Besucherausweisen

- Müssten Besucher nun für das Parken bezahlen?
- Was sei mit spontanem Besuch?
- Wo seien Besucherparkausweise erhältlich?

Herr Lange erläutert, Besucherausweise seien unkompliziert beim PK 21 innerhalb weniger Minuten erhältlich. Sie seien kostenlos. Für Fahrzeuge mit Hamburger Kennzeichen gelten sie zwei Tage, für Fahrzeuge mit auswärtigem Kennzeichen bis zu 14 Tage. Bei spontanem Besuch müsste ggf. für eine Stunde das Parken bezahlt werden und innerhalb dieses Zeitraums ein Besucherparkausweis besorgt werden.

Herr Schubert weist darauf hin, dass die Bundesregelung keine Besucherregelung vorsehe. Dies sei eine Hamburger Besonderheit.

Sonstige Bemerkungen und Fragen der Anlieger

- Arbeitnehmer würden verdrängt, weil sie keine Genehmigung erhielten. Zugleich gebe es 500 freie Parkplätze bei IKEA. Dies sei schwer nachzuvollziehen.
- Im Anschluss an die Zone werde ein Parkdruck erzeugt, den es vorher nicht gegeben habe. Dies hätte die Bezirksversammlung Altona bei ihrem Beschluss wissen müssen.
- Es sei nur unzureichend informiert worden. Die Bürger müssten besser beteiligt werden.
- Das Bewohnerparken sei wie ein Schneeballprinzip, für das es keine Lösung gebe.
- Bei Karstadt habe es auch ohne Bewohnerparken funktioniert.
- Was passiere, wenn das Bewohnerparken nicht funktioniere?
- Wie könne das Bewohnerparkgebiet wieder abgeschafft werden?
- Sei erwogen worden, sich auch die Zufahrtsstraßen zum Viertel anzuschauen?
- Wo parkten die Mitarbeiter von IKEA?

Herr Mollerus führt aus, dass neue Mitarbeiter darauf hingewiesen worden seien, dass es vor Ort keine Parkplätze gebe. Das Unternehmen unterstütze das Job-Ticket und würde Mitarbeitern, die aus anderen Filialen gekommen seien, für zwei Jahre das ÖPNV-Ticket schenken.

Herr Hamann weist darauf hin, dass das Bewohnerparken aufgrund eines politischen Beschlusses eingerichtet worden sei. Es habe die Sorge gegeben, dass durch die IKEA-Ansiedlung die Bewohner sonst gar keine Stellplätze mehr fänden. Sicherlich führe die Privilegierung zu einer Verdrängung. Die Entscheidung, das Bewohnerparken zu beenden, sei eine politische.

Herr Bischoff berichtet, primär sei es darum gegangen, das Viertel vor IKEA-Verkehr zu schützen. Bei der Analyse sei kleinteilig untersucht worden, wie viele Parkplätze belegt seien

und wie lange die Autos dort ständen.

Herr Schubert teilt mit, jede behördliche Maßnahme sei vor dem Verwaltungsgericht überprüfbar. Zuständig sei in diesem Fall die Behörde für Inneres und Sport.

Nach Abfrage von Herrn Schmuckall wohnten etwa zwei Drittel der Besucher der Anhörung nicht im Bewohnerparkgebiet.

Statements der Fraktionen

Herr Strate kritisiert die unübersichtlichen Zuständigkeiten. Die Politik habe das Bewohnerparken beschlossen, weil es die Sorge gegeben habe, dass mit der IKEA-Eröffnung die Anlieger sonst gar keine Stellplätze mehr fänden. Es sei erfreulich, dass die meisten IKEA-Kunden nicht das Auto nutzten.

Die Bezirksversammlung habe ein größeres Gebiet für das Bewohnerparken beschlossen, dies hätte sicherlich eher funktioniert als das Verlagern des Verkehrs in die Nebenstraßen. Leider sei es so nicht umgesetzt worden. Der Grundtenor sei richtig, eine Rücknahme sinnlos. Die Große Bergstraße solle kurzfristig mit einbezogen werden. Es werde eine sofortige Ausweitung benötigt, damit alle einen Parkplatz bekämen.

Frau Dr. Steffens betont, dies sei die falsche Richtung und eine Rücknahme sinnvoll. Die CDU-Fraktion habe dem Bewohnerparken von Anfang an kritisch gegenübergestanden und habe sich daher bei dem Beschluss enthalten. Viele Fragen seien noch ungeklärt, etwa die nach den Besucherausweisen. Es solle in der Fraktion besprochen werden, ob eine weitere Bewirtschaftung sinnvoll sei, wenn sich die Zone immer weiter ausweitere. Die Anregungen, Fragen und Sorgen der Bürger würden besprochen.

Frau Botzenhart erklärt, sie habe den Unmut wahrgenommen. Dies liege jedoch an vielen handwerklichen Mängeln, so dass der eigentliche Sinn noch gar nicht beurteilt werden könne. Es sei im Sinne der Politik, Gewerbetreibende kulanter zu behandeln. Seit Jahren gebe es Beschwerden, dass der Parkdruck wachse und es habe eine Panik aus dem Viertel vor den IKEA-Verkehren gegeben. Die Zone sei ein Mittel dagegen. Im Moment funktioniere es nicht, weil sie zu klein sei. Auch hätte erst die Hälfte der Berechtigten sich einen Parkausweis besorgt. Die Bürgerbeteiligung sei sinnvoll. Aber eine Woche nach IKEA-Eröffnung sei es für ein Fazit zu früh. Nach einem Jahr solle evaluiert werden, ob das Bewohnerparken überflüssig sei.

Herr Strasser stuft das Konzept als mangelhaft und falsch ein. Es sei ein „Abkassiermodell“ mit vielen Detailproblemen, das zurückgenommen werden müsse. Stattdessen sollten Anreize für den ÖPNV geschaffen werden, anstatt die HVV-Gebühren zu erhöhen und eine Gebührenpflicht für P+R-Parkplätze einzuführen. Daher solle alles für eine Aufhebung des Bewohnerparkgebiets unternommen werden.

Weiteres Vorgehen

Herr Schmuckall weist darauf hin, dass die Anhörung in einer der nächsten Sitzungen des Verkehrsausschusses ausgewertet werde. Die Sitzungen seien öffentlich und Informationen zu den Sitzungsterminen im Internet zu finden.

gez.
Schmuckall

Frank

Geschäftsstelle der Bezirksversammlung Altona
Platz der Republik 1, 22765 Hamburg - Tel: 42811-1475, Fax: 4279-02100
bezirksversammlung@altona.hamburg.de
www.bezirksversammlung-altona.hamburg.de